

Antrag

der Abg. Daniel Lindenschmid und Hans-Jürgen Goßner u. a. AfD

Stunde der Wahrheit: Wie geht der Innenminister mit antisemitischen Beamten und Lehrern an baden-württembergischen Hochschulen um?

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob sie in Kenntnis dessen ist, dass Beschäftigte des Landes das „Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten“ unterzeichnet und damit ihre Solidarität mit Antisemiten zum Ausdruck gebracht haben;
2. was sie unternimmt, damit antisemitische Proteste an Universitäten und auf Universitätsgelände, wie sie in den USA und in Berlin stattfanden bzw. stattfinden, nicht auch an Universitäten in Baden-Württemberg um sich greifen;
3. ob und wie viele der unten genannten Personen in einem Beamten- oder anderen Beschäftigungsverhältnis zum Land Baden-Württemberg stehen;
4. ob sie disziplinarische Ermittlungen gegen die Personen einleiten wird, die in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis zum Land stehen, und die „Erklärung“ unterzeichnet haben oder ggf. warum nicht.

13.5.2024

Lindenschmid, Goßner, Rupp, Dr. Balzer, Gögel AfD

Begründung

Am 8. Mai 2024 fand an der Freien Universität Berlin eine Demonstration propalästinensischer Studenten statt, die ein Gelände der Uni besetzten und ein Camp errichteten. Sie versuchten, in die Hochschule einzudringen und konnten nur mit Pfefferspray von der Polizei davon abgehalten werden. Die Hochschule stellte den Lehrbetrieb danach teilweise ein. Es gab Festnahmen unter anderem wegen Volksverhetzung, weil antisemitische und antiisraelische Parolen intoniert wurden.

Der Berliner Bürgermeister Wegner sagte: „Wir dürfen auch an den Hochschulen nicht wegschauen, wenn antisemitische Parolen und Judenhass an den Universitäten verbreitet werden“.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte: „Der Israel-Hass und der antizionistische sowie antisemitische Hintergrund der Aktion ist offensichtlich und gehört zur DNA dieser Leute“.

Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst.

Mittlerweile haben mehr als 100 Professoren, Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter einen Unterstützer-Brief für den linksextremen, antisemitischen Demonstranten unterzeichnet („Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten“). Die Unterzeichner heben in erster Linie vordergründig auf das Versammlungsrecht ab, positionieren sich aber nicht gegen die Anliegen der antisemitischen Demonstranten. Dieser Brief wird daher u. E. zu Recht als Unterstützung der Demonstration bewertet. Er hebt auch nicht auf die Ursache des Krieges in Nahost ab, nämlich auf den Massenmord an Juden am 7. Oktober 2023. Er distanziert sich auch nicht von dem offensichtlichen Antisemitismus der Versammlungsteilnehmer, auf deren Plakaten ebenfalls antisemitische Parolen zu lesen waren.

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) „macht dieses Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten (...) fassungslos“, und sie beklagte: „Statt sich klar gegen Israel- und Judenhass zu stellen, würden Uni-Besetzer zu Opfern gemacht und Gewalt verharmlost“. Dass es sich bei den Unterstützern der Proteste um Lehrende handele, sei „eine neue Qualität[...] Gerade sie müssten auf dem Boden des Grundgesetzes stehen“.

Zum Erstaunen der Antragsteller haben es auch einige Hochschullehrer aus Baden-Württemberg für nötig befunden, sich mit den antisemitischen Demonstranten im fernen Berlin zu solidarisieren und diesen Brief zu unterzeichnen. Es sind dies:

Prof. Dr. M. K., Professor für Kulturwissenschaften, Hochschule Mannheim, Studiendekan der Fakultät für Gestaltung

Prof. Dr. I. I., Evangelische Hochschule Freiburg

Prof. Dr. F. V., Professor für Epistemologie & Wissenschaftstheorie, Philosophische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. M. B., Institut für Soziologie, Universität Freiburg

Dr. A. J., Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg

Dr. F. R., Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg

E. B., Juniorprofessor für Empirisch-Analytische Partizipationsforschung Uni Heidelberg

Einige davon sind an den Universitäten des Landes beschäftigt, das – so der oberste Antisemitismusverfolger des Landes – jeglichem Antisemitismus, gleich von wem und in welcher Form, „konsequent“ den Kampf angesagt hat und ihn nicht dulden will und dies seit Jahren immer wieder wiederholt und betont. Zitate des Innenministers lassen sich zu hunderten finden.

Umso mehr interessiert, ob und welche Schritte das Land einleitet und ob die Bekämpfung des Antisemitismus mit derselben Energie geführt wird, wie gegen vorgeblich rechte Inhalte in privaten Chats von Polizisten.